

Matthias Schulenberg

**Der Rückruf des
Warenherstellers im deutsch-
amerikanischen Rechtsvergleich**

**Zugleich eine Untersuchung über
die Notwendigkeit einer gesetzlichen
Rückrufregelung in Deutschland**



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · New York · Paris · Wien

Gliederung.....	I
Abkürzungsverzeichnis.....	XII
Literaturverzeichnis.....	XIX
Verzeichnis der amerikanischen Entscheidungen.....	XXXVI
EINLEITUNG.....	1
<u>1. Teil: Der Rückruf und seine Bedeutung.....</u>	<u>1</u>
<u>I. Begriffsbestimmung des Rückrufes.....</u>	<u>1</u>
<u>II. Konsequenzen des Rückrufes für den Hersteller.....</u>	<u>2</u>
A. Nachteile eines Rückrufes.....	2
B. Vorteile eines Rückrufes.....	4
<u>2. Teil: Die kompensatorische Schadenersatz-</u> <u>pflicht des Herstellers wegen unterlassenen</u> <u>oder nicht ausreichenden Rückrufes.....</u>	<u>7</u>
<u>I. Die Schadenersatzpflicht im deutschen Recht.....</u>	<u>7</u>
A. Die Rückrufflicht des Herstellers nach § 823 Abs. 1 BGB.....	7
1. Die Haftung des Herstellers wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.....	7
a. "Äußere" Sorgfaltspflichtverletzung.....	7
b. "Fehlerhaftigkeit" des Fehlerbegriffes....	8
c. Verschulden oder "innere" Sorgfalts- pflichtverletzung.....	9
2. Verkehrssicherungspflichten vor Inverkehr- bringen.....	10
a. Konstruktions-, Fabrikations- und Instruktionspflicht.....	10
b. Der Sonderbereich der Entwicklungsrisiken und Entwicklungslücken.....	13
3. Gefahrabwendungspflichten als Verkehrssi- cherungspflichten nach Inverkehrbringen.....	15
a. Produktbeobachtungs-, Warn- und Rückruf- pflicht im System der Verkehrssicherungs- pflichten des Herstellers.....	15

aa.	Die Reaktionspflichten im Spiegelverhältnis zu den Pflichten vor Inverkehrbringen.....	17
aaa.	Die Reaktionspflichten nach pflichtwidrigem Inverkehrbringen.....	17
bbb.	Die Reaktionspflichten bei Entwicklungsgefahren.....	18
ccc.	Die Reaktionspflichten bei Entwicklungslücken.....	21
bb.	Die Produktionsbeobachtungspflicht im Verhältnis zu Reaktionspflichten und Pflichten vor Inverkehrbringen..	23
b.	Abgrenzung der Rückrufpflicht von der Warnpflicht.....	25
aa.	Dogmatische Bedenken gegen eine Rückrufpflicht.....	26
aaa.	Die Warnpflicht als einzige Reaktionspflicht?.....	27
bbb.	Kollision Vertragsrecht/Deliktsrecht.....	28
bb.	Allgemeine Rahmenbedingungen einer Abgrenzung von Warn- und Rückrufpflicht.....	32
cc.	Gemeinsame Voraussetzungen von Rückruf- und Warnpflicht.....	34
aaa.	Produktbeobachtung.....	34
bbb.	Betriebsorganisation.....	36
ccc.	Zeitliche Begrenzung der Rückrufpflicht.....	38
ddd.	Erfüllung der Reaktionspflicht durch "Delegation".....	39
dd.	Kriterien der Unterscheidung von Rückruf- und Warnpflicht.....	40
aaa.	Existenz eines Massenfehlers..	41
bbb.	Vorliegen einer Gefahr und Wahrscheinlichkeit des Schadenseintrittes.....	42
ccc.	Gefährdeter Personenkreis.....	47
ddd.	Art der Gefahrbeseitigung.....	48
eee.	Einschränkung der Rückrufpflicht durch die Zumutbarkeit von Rückrufkosten.....	54
fff.	Die Abstumpfungsfahr als Einschränkung der Rückrufpflicht.....	56

c.	Die Anforderungen an den Hersteller zur Durchführung des Rückrufes.....	56
d.	Die Rückruffpflichten anderer Mitglieder der Produktions- und Distributionskette...	58
aa.	Die Rückruffpflicht des Zulieferers..	58
bb.	Die Rückruffpflicht der Groß- und Einzelhändler.....	61
cc.	Die Rückruffpflicht von Importeuren..	63
4.	Kausalität - Mißachten der Gefahr durch den Verbraucher als Kausalitätsproblem.....	65
a.	Unterlassener Rückruf und Gefahrerkenntnis des Verbrauchers.....	66
aa.	Der Grillgerät-Fall.....	66
bb.	Einwände.....	67
b.	Unterlassener Rückruf, aber fahrlässig fehlende Gefahrerkenntnis.....	68
c.	Erfolgter Rückruf, der Verbraucher unterschätzt, vergißt oder mißachtet jedoch die Gefahr.....	68
5.	Verschulden.....	70
6.	Beweislast.....	70
a.	Grundsätze der Beweislastverteilung bei der Produkthaftung.....	71
b.	Beweislast für das Verschulden bei unterlassenem oder nicht ausreichendem Rückruf.....	72
c.	Beweislast für die äußere Sorgfaltpflichtverletzung.....	73
aa.	Beweislast für Pflichtverletzungen vor und nach Inverkehrbringen.....	73
aaa.	Der Stand der Rechtsprechung und Literatur.....	73
bbb.	Beweislast für die Voraussetzungen einer Rückruffpflichtverletzung.....	75
aaaa.	Möglichkeit der Gefahrerkenntnis.....	77
bbbb.	Existenz einer Rückruffpflicht aufgrund der Risikoabwägungsfaktoren..	78
cccc.	Zumutbarkeit.....	80

ddd.	Sorgfaltsgemäße Durchführung eines Rückrufes.	81
eeee.	Zusammenfassung	81

d.	Beweislast für die Kausalität zwischen unterlassenem Rückruf und Rechtsgutsverletzung	81
----	---	----

B.	Die kompensatorische Schadensersatzpflicht des Herstellers nach § 823 Abs. 2 BGB und der Rückruf	86
----	--	----

C.	Rückruf und Schadensersatzpflicht nach dem Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG)	88
----	--	----

1.	Allgemeines zum Verständnis des ProdHaftG	88
----	---	----

2.	Verhältnis des ProdHaftG zum Rückruf nach § 823 Abs. 1 BGB	89
----	--	----

a.	Auswirkungen des ProdHaftG auf den Rückruf	89
----	--	----

b.	Auswirkungen eines Rückrufes auf die Haftung nach dem ProdHaftG	90
----	---	----

II.	<u>Die Schadensersatzpflicht im US-amerikanischen Recht</u>	92
-----	---	----

A.	Der Rückruf nach Common Law	92
----	-----------------------------	----

1.	Die Rückrufflicht im System der Products Liability	92
----	--	----

a.	Negligence als Haftungsgrundlage	92
----	----------------------------------	----

b.	Strict Liability als Haftungsgrundlage	92
----	--	----

c.	Rückruf und Negligence	93
----	------------------------	----

d.	Rückruf und Strict Liability	94
----	------------------------------	----

2.	Fallentscheidungen	99
----	--------------------	----

3.	Bewertung der Fälle	103
----	---------------------	-----

a.	Die Rückrufflicht als eigenständige Pflicht im Common Law	103
----	---	-----

b.	Umfang und Voraussetzungen der Rückrufflicht	104
----	--	-----

aa.	Produktbeobachtung	104
-----	--------------------	-----

bb.	Umfang der Pflicht, bestimmt nach Fehlerhaftigkeit im Zeitpunkt des Inverkehrbringens	105
-----	---	-----

cc.	Zeitliche Begrenzung der Rückrufflicht	106
-----	--	-----

dd.	Erfüllung der Reaktionspflicht durch "Delegation".....	107
ee.	Abgrenzung zur Warnpflicht.....	109
aaa.	Keine Subsidiarität eines Rückrufs gegenüber einer Warnung.....	109
bbb.	Schwere der Gefahr und Wahrscheinlichkeit des Schadenseintrittes.....	110
ccc.	Kostentragungspflicht bei der Gefahrbeseitigung - Art der Gefahrbeseitigung.....	110
ddd.	Vorhersehbarkeit des Gebrauchs und des Risikopotentials und gefährdeter Personenkreis.....	111
eee.	Selbstverpflichtung zum Rückruf durch die Durchführung gefahrabwendender Maßnahmen...	112
c.	Die Anforderungen an die Durchführung des Rückrufes.....	113
d.	Die Rückrufflichten anderer Mitglieder der Produktions- und Distributionskette...	113
e.	Kausalität - Mißachten der Gefahr durch den Verbraucher als Kausalitätsproblem...	114
aa.	Unterlassener Rückruf und Gefahrerkenntnis des Verbrauchers...	116
bb.	Unterlassener Rückruf, aber fahrlässig fehlende Gefahrerkenntnis...	118
cc.	Erfolgter Rückruf, der Verbraucher unterschätzt, vergißt oder mißachtet jedoch die Gefahr.....	118
f.	Beweislast.....	119
4.	Zusammenfassung.....	120
5.	Ausblick auf die Auswirkungen neuer Gesetzesinitiativen - H.R. 2700.....	121
B.	Schadensersatz wegen Verletzung der Meldepflicht über Produktgefahren aus Statutory Law (CPSA und NTMVSA).....	123
1.	Mißachtung einer Rückrufanordnung nach dem CPSA.....	123
2.	Mißachtung einer Rückrufanordnung nach dem NTMVSA.....	124

3. MiBachtung der Meldepflichten aus CPSA und NTMVSA.....	124
a. Verletzung der Meldepflicht aus dem CPSA.....	124
b. Verletzung der Meldepflicht aus dem NTMVSA.....	126

III. Exkurs: Haftung des Herstellers bei Fortschreiten des Standes von Wissenschaft und Technik: Das Sonderproblem der Sicherheitsverbesserungen im deutschen und im amerikanischen Recht aus rechtspolitischer Sicht.....

A. Die Untauglichkeit freiwilliger Vereinbarungen als Maßstab für den Pflichtenumfang des Herstellers...	129
B. Auswirkungen auf die Innovationsfreudigkeit von Unternehmen.....	133

IV. Resümee: Die deliktische Rückruffpflicht im Vergleich des deutschen und amerikanischen Rechts.....

3. Teil: Rechtliche Möglichkeiten zur Erzwingung eines Rückrufes.....

I. Rechtliche Möglichkeiten zur Erzwingung eines Rückrufes im deutschen Recht.....

A. Der "Rückrufanspruch" des Verbrauchers gemäß § 1004 Abs. 1 BGB.....	146
1. Der Rückrufanspruch als Beseitigungsanspruch...	146
2. Der Rückrufanspruch wegen Beeinträchtigung des Eigentums und als quasi-negatorischer Anspruch.....	147
a. Beeinträchtigung des Eigentums - Verhältnis zur Problematik der "weiterfressenden Mängel".....	148
b. Der Gefahrbeseitigungsanspruch als quasi-negatorischer Anspruch.....	149
aa. Rechtfertigung eines Rückrufanspruchs im System des Deliktsrechts.	150
bb. Kollision mit dem Zweck des Gewährleistungsrechts.....	154
cc. Der Hersteller als Anspruchsverpflichteter.....	154

dd. Die Rechtswidrigkeit der Beeinträchtigung.....	157
ee. Die Duldungspflicht.....	159
ff. Anspruchsberechtigung.....	161
gg. Konkrete Gefahr.....	161
hh. Mitwirkungspflicht.....	164
ii. Verjährung.....	165
jj. Beweislast.....	166
B. Der Rückrufanspruch des Verbrauchers gemäß § 823 Abs. 1, § 249 S. 1 BGB.....	168
1. Die möglichen Rechtsgutsverletzungen.....	168
2. Rechtsgutsverletzung und Schaden bei Rückrufanspruch.....	169
3. Gleichstellung von Schadensgefahr und Rechtsgutsverletzung.....	169
4. Verschulden.....	172
5. Der Rückrufanspruch bei Entwicklungsgefahren und Entwicklungslücken.....	172
6. Verhältnis zur Sachmängelgewährleistung.....	172
7. Beweislast.....	173
8. Verjährung.....	173
C. Der Rückrufanspruch des Verbrauchers gemäß § 823 Abs. 2 BGB iVm § 3 Abs.1 S. 1 GSG.....	175
D. Der Rückrufanspruch aus § 1 UWG.....	175
1. Handeln zu Zwecken des Wettbewerbs.....	176
2. Verstoß gegen die guten Sitten.....	177
3. Subjektive Voraussetzungen.....	180
4. Anspruchsberechtigte.....	181
5. Beseitigung als Rechtsfolge.....	181
<u>II. Rechtliche Möglichkeiten zur Erzwingung eines Rückrufs im US-amerikanischen Recht.....</u>	184
A. Die Rückrufflicht des Herstellers durch Klage des Verbrauchers im amerikanischen Statute Law nach dem FDCA, CPSA und NTMVSA.....	184
1. Private Right of Action als Anspruch aus Equity.....	185
2. Private Right of Action in FDCA, CPSA und NTMVSA.....	187
a. FDCA und Private Right of Action.....	188
b. CPSA und Private Right of Action.....	190
aa. Durchsetzung eines Rückrufes gemäß 15 U.S.C. § 2073 (a).....	190

bb.	Durchsetzung einer Meldepflicht im Vorfeld eines Rückrufes.....	191
c.	NTMVSA und Private Right of Action.....	193
B.	Rückrufansprüche des Verbrauchers außerhalb des Statute Law.....	194
C.	Rückruf mittels Product Liability Class Action.....	196
1.	Grundsätzliche Überlegungen zur Zulässigkeit einer Class Action mit einem Equitable Injunctive Relief auf der Basis von Products Liability.....	196
a.	Product Liability Suits und Class Actions.....	196
b.	Class Actions und Injunctions.....	197
c.	Verhältnis zwischen Class Actions und der Ablehnung von "equitable injunctive reliefs" im Statute Law.....	198
2.	Der Rückruf als Class Action nach Rule 23 der Federal Rules of Civil Procedure.....	198
a.	Rule 23 (a) (1): Mangelnde Praktikabilität einer Streitgenossenschaft.....	199
b.	Rule 23 (a) (2): Gemeinsame tatsächliche oder rechtliche Fragen.....	199
c.	Rule 23 (a) (3): Typischer Anspruch des Repräsentanten.....	202
d.	Rule 23 (a) (4): Faire und angemessene Repräsentation.....	203
e.	Rule 23 (b).....	206
aa.	Rule 23 (b) (3): Die Zweckmäßigkeit einer Class Action gegenüber Einzelklagen.....	206
bb.	Rule 23 (b) (1) (A): Widersprüchliche Auswirkungen von Individualklagen.....	208
cc.	Rule 23 (b) (1) (B): Einzelklagen führen zu Rechtsnachteilen bei anderen Personen.....	209
dd.	Rule 23 (b) (2): Handeln des Beklagten in Bezug auf die gesamte Klasse.....	211
f.	Mindeststreitwert.....	212

g. Rule 23 (c) (2): Das Benachrichtigungs- erfordernis.....	212
3. Fazit.....	213
D. Zusammenfassung.....	214
<u>III. Vergleich der deutschen und der US-amerikani- schen Rechtslage.....</u>	<u>215</u>
<u>4. Teil: Behördliche Rückrufanordnungen im deutschen Recht und im US-amerikanischen Recht - Voraussetzungen, praktische Anwendung und vergleichende Analyse.....</u>	<u>218</u>
<u>I. Behördliche Rückrufanordnungen im deutschen Recht..</u>	<u>218</u>
A. Rechtliche Ansatzpunkte für einen Rückruf bei Kraftfahrzeugen - Die Straßenverkehrszulassungs- ordnung (StVZO) u.a.....	219
1. Widerruf der Zulassung nach § 17 StVZO.....	219
2. Widerruf der Allgemeinen Betriebserlaubnis nach § 20 Abs. 5 StVZO.....	220
3. Rückruf aufgrund sonstiger Rechtsgrundlagen....	220
4. Gefahrinformation und -erkenntnis als Rückrufvoraussetzungen.....	222
B. Das Gerätesicherheitsgesetz (GSG).....	225
1. Organisation, Sicherheitsmaßstäbe und Instrumente.....	225
2. Gefahrinformation und -erkenntnis als Rückrufvoraussetzungen.....	227
<u>II. Behördliche Rückrufanordnungen im Recht der USA... 231</u>	
A. Der Consumer Product Safety Act (CPSA): Informationserlangung, Verfahren und Rechtsgrundlage des Rückrufs.....	231
1. Informationserlangung und Verfahren nach dem CPSA.....	232
2. Rückrufbestimmung und Verfügungsadressat.....	234
3. Der Fehlerbegriff im CPSA.....	235
4. Die Fehlerqualität im CPSA.....	238
a. Entscheidungen der CPSC.....	240
b. "Substantial risk of injury" und "unreasonable risk".....	242

B. Der National Traffic and Motor Vehicle Safety Act (NTMVSA): Informationserlangung, Verfahren und Rechtsgrundlage des Rückrufs.....	243
1. Informationserlangung.....	243
2. Verfahren und Rückrufbestimmungen.....	245
3. Der Fehlerbegriff im NTMVSA.....	246
a. "Versager".....	247
b. "Bedeutende Anzahl von Versagern".....	249
c. "Während normaler Benutzung".....	250
d. Fehlerbegriff und "Common Sense".....	251
4. Die Fehlerqualität im NTMVSA.....	252
a. "Pitman Arms".....	253
b. "Quadrajet".....	254
c. "X-cars".....	256
d. Kraftfahrzeugsicherheit und Kosten/Nutzen-Analyse.....	257
C. Exkurs: Der Fehlerbegriff im CPSA und im NTMVSA im Verhältnis um Fehlerbegriff im Products Liability Law.....	257

III. Die Rückrufvoraussetzungen in CPSA und NTMVSA - Vorbild für eine Rückrufregelung im deutschen Recht?.....261

A. Bewertung der Anwendungspraxis der Rückrufkriterien durch CPSC und NHTSA.....	261
1. Extensive Interpretation der Bestimmungen.....	261
2. Mißbrauch des Rückrufs als Standardisierungsinstrument durch die CPSC.....	265
3. Konzeptwidrige Auswirkungen auf den Verbraucherschutz.....	267
4. Berücksichtigung der Kosten.....	267
B. Das US-amerikanische Behördenmodell: Verzögerung oder Schadensvorsorge durch Bürokratismus ?.....	270
1. Verzögerung von Rückrufen bei der CPSC.....	270
a. Section 12 CPSA, Eilkompetenz bei "unmittelbar bevorstehendem Risiko".....	270
b. Verzögerungen durch Produktuntersuchungen.....	273
c. Verzögerungen durch Anhörungen und Prozesse.....	274
2. Verzögerungen von Rückrufen bei der NHTSA.....	274
a. Verzögerungen im Untersuchungsstadium.....	274
b. Verzögerungen durch Anhörungen und Prozesse.....	275
3. Ergebnis.....	277

<u>IV. Die zwingende Rückrufanordnung - notwendiges Verbraucherschutzinstrument für die Bundesrepublik Deutschland ?</u>	279
A. Alternativen zum Rückruf.....	279
1. Mangelnde Alternative durch § 1004 Abs. 1 BGB und § 1 UWG.....	279
2. Behördliche Warnungen als milderer Mittel zur Gefahrabwendung.....	280
3. Wirksamkeit strafrechtlicher Prävention.....	282
B. Erforderlichkeit einer regulativen Lösung.....	286
1. Die Situation bei Kraftfahrzeugen.....	286
a. Rückruffälle der letzten Jahre.....	286
b. Die Allgemeine Betriebserlaubnis (ABE) bei Kraftfahrzeugen als Alternative zum Rückruf?.....	292
2. Die Situation bei Gebrauchsgegenständen.....	293
a. Heim- und Freizeitunfälle.....	294
b. Fälle freiwilliger Rückrufe.....	296
c. Einzelfälle.....	299
d. Die Wirksamkeit von Untersagungsverfügungen als präventives Verbraucher-schutzinstrument in der Praxis.....	302
e. Die behördliche Warnung durch Veröffentlichung der Untersagungsverfügung.....	305
3. Ergebnis.....	307
<u>V. Zusammenfassung und Lösungsvorschläge</u>	309
1. Die Organisationsform.....	309
a. Verbandslösung.....	310
b. Kommissionsmodell.....	312
c. Behördenmodell in vergleichender Sicht....	313
2. Regelungsvorschlag.....	316
a. Verhältnis von Fehlerbegriff und Fehlerqualität.....	316
b. Formulierungsvorschlag.....	317
3. Ausblick auf eine EG-weite Regelung.....	319
4. Schlußbemerkung.....	321